

Verfassungsschutz 1969/70
Öffentlichkeitsarbeit des

Bundesinnenministeriums

um die Angriffstätigkeit dieser Kreise bereits zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu erkennen. Dies hat dazu beigetragen, Schlüsselpersonen des internationalen Terrorismus zu identifizieren und – als Voraussetzung wirksamer Gegenmaßnahmen – Klarheit über ihre Arbeitsweise und Absichten zu schaffen.

2. Die Träger sicherheitsgefährdender Bestrebungen

Die Bundesrepublik hat fast 200 000 Emigranten aus osteuropäischen Staaten Zuflucht gewährt. Fast die Hälfte dieser Flüchtlinge schlossen sich nach Kriegsende in zahlreichen politischen Vereinigungen und Interessenverbänden zusammen. Ein großer Teil dieser Organisationen verfolgte nationalistische, gegen die kommunistische Herrschaft in ihren Herkunftsländern gerichtete Ziele. Einige Gruppen bedienten sich dabei einer konspirativen Arbeitsweise. Bis vor wenigen Jahren ging eine sicherheitsgefährdende Aktivität von Ausländern im Bundesgebiet nur von solchen radikalen Emigrantengruppen und sie bekämpfenden gegnerischen Organisationen aus.

Ende 1970 war jedoch die Zahl der Mitglieder und Sympathisanten von politischen Vereinigungen der Ostemigranten auf etwa 10 000 Personen zusammengeschmolzen. Die Masse der später aus osteuropäischen Ländern in die Bundesrepublik gekommenen Ausländer hält sich von ihr fern. Diesem Substanzverlust der politischen Emigrantengruppen standen jedoch verstärkte Bemühungen eines Kerns von Aktivisten gegenüber, künftig alle Mittel und Möglichkeiten zur Intensivierung der Arbeit im politischen Untergrund zu nutzen.

Im Gegensatz zu der Aktivität nicht rückkehrwilliger Ostemigranten, die sich schon in den ersten Nachkriegsjahren bemerkbar machte, setzten die radikalen Bestrebungen anderer in der Bundesrepublik lebender Ausländer in stärkerem Umfang erst vor wenigen Jahren ein. Sie gingen zunächst nur von kleinen Gruppen ausländischer Intellektueller und Studenten aus, die in Opposition zu den Regierungen ihrer Heimatstaaten standen und

diese von ihrem derzeitigen Gastland aus zu bekämpfen suchten, sowie von kleinen Zellen vorwiegend kommunistischer Exilorganisationen und internationaler Anarchisten. Ihr personeller Bestand ist jedoch in letzter Zeit ständig größer geworden.

Nach und nach kamen etwa 3 000 politisch radikale Palästinaflüchtlinge in die Bundesrepublik und errichteten Stützpunkte ihrer Widerstandsorganisationen. Rund 4 000 Spanier schlossen sich konspirativen, die spanische Regierung bekämpfenden Vereinigungen auf deutschem Boden an. Besonders rasch sind die radikalen Gruppen der griechischen Opposition gewachsen. Ihr Anhang wurde Ende 1970 auf 20 000 bis 25 000 Personen geschätzt. Außerdem haben Extremistengruppen aus Italien, Portugal, der Türkei, Marokko, dem Iran und anderen Staaten im Bundesgebiet Fuß gefaßt.

Unter den rund tausend Vereinigungen von Ausländern im Bundesgebiet einschließlich West-Berlin waren so mindestens 100 aufgrund ihrer Ziele oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger als politisch radikal zu beurteilen. Konkrete Anhaltspunkte sprechen dafür, daß von ihnen Gefahren für die innere Sicherheit oder für wichtige außenpolitische Belange der Bundesrepublik ausgehen. Ihre Gesamtstärke beträgt etwa 50 000 Mitglieder. Ausgesprochen terroristische Tendenzen weisen 27 Ausländervereinigungen auf, von denen viele das Bundesgebiet mit einem Netz regionaler Stützpunkte überzogen haben. Allerdings war nur ein „harter Kern“ der Angehörigen dieser Vereinigungen an der Planung und Durchführung von Terrorakten beteiligt. Diese Aktivisten halten sich z. T. schon seit Jahren illegal in der Bundesrepublik auf. Es gelang ihnen immer wieder, sich in der Masse der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer dem Zugriff der Sicherheitsbehörden zu entziehen.

Durch den anhaltenden Zustrom ausländischer Arbeitnehmer in die Bundesrepublik wurden den extremistischen Ausländergruppen neue Möglichkeiten eröffnet.

Am 30. 9. 1970 erreichte die Zahl ausländischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik

die Zweimillionengrenze. Unter ihnen befanden sich als stärkste Gruppen

423 200 Jugoslawen

381 800 Italiener

353 900 Türken

242 200 Griechen

171 700 Spanier

44 800 Portugiesen sowie

ca. 20 000 Arbeiter aus arabischen Staaten.

Die radikalen Ausländerorganisationen versuchten intensiv, unter dieser großen Zahl von Arbeitern Anhänger zu gewinnen. Sie konzentrierten dabei ihre Aktivitäten auf die industriellen Schwerpunkte der Bundesrepublik, wo mehr als 750 000 Ausländer in der Metallindustrie und weitere 471 000 Ausländer in sonstigen verarbeitenden Betrieben beschäftigt werden.

Gruppen politisch radikaler Ausländer bildeten sich inzwischen auch an nahezu allen deutschen Hochschulen, an denen im Wintersemester 1970/71 insgesamt rund 25 000 Ausländer studierten. Den relativ stärksten Zulauf hatten die politisch radikalen Studentengruppen des Nahen und Mittleren Ostens. Die Studenten palästinensischer Herkunft bekannten sich in der Bundesrepublik nahezu ausnahmslos zu den Zielen ihrer nationalen Widerstandsorganisationen.

3. Ideologisch-politische Hintergründe

Die ideologisch zur extremen Linken zählenden Gruppen dominierten. Unter den politisch radikalen Vereinigungen der Italiener, Spanier, Griechen, Perser und Türken waren die kommunistischen oder kommunistisch unterwanderten Organisationen die stärksten und aktivsten. Eine weitere große Gruppe bilden die national-revolutionären, teilweise auch pro-chinesischen Gruppen der afro-asiatischen und arabischen Solidaritätsbewegung. Trotz geringer Anhängerschaft entfalteten sie erhebliche Aktivität. Dies galt auch für die Zellen internationaler Anarchisten. Demgegenüber traten Ausländervereinigungen mit rechtsradikalen Zielen vergleichsweise selten in Erscheinung. Dabei gehen von

den Bestrebungen kroatischer Nationalisten erhebliche Sicherheitsgefährdungen aus, während sich die wenigen Vereinigungen der Griechen, die rechtsextreme Zielsetzungen verfolgen, wegen des Widerstandes der zahlenmäßig weit überlegenen griechischen Opposition im Bundesgebiet kaum entfalten konnten.

Bei aller Vielfalt ihrer Ziele zeigen die ausländischen Extremisten gewisse gemeinsame Grundhaltungen. Sie neigen zu vereinfachendem Freund-Feind-Denken sowie zu Fluchtreaktionen in Dogmen und Vorurteile. Intoleranz und Aggressionsdrang beherrschen ihre Aktivität. Wichtige innen- und außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland wurden nicht allein durch Gewaltaktionen, sondern zunehmend auch durch Agitation beeinträchtigt. Die vielfach in deutscher Sprache verfaßten Flugschriften enthielten Verunglimpfungen ausländischer Regierungen und Staatsmänner. Teilweise warben sie offen für demokratiefeindliche Ziele oder riefen zur gewaltsamen Lösung internationaler Probleme auf.

Die Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen war wegen ideologischer Differenzen und Führungs rivalitäten begrenzt. Trotzdem kam es aus besonderem Anlaß zu Solidaritätsaktionen. So traten arabische, persische, türkische und deutsche Extremisten im Bundesgebiet mehrfach als gemeinsame Herausgeber von Flugblättern auf. An mehreren deutschen Universitäten sind unter maßgeblicher Beteiligung von Aktivisten der deutschen „Neuen Linken“ Palästina-Komitees entstanden. Ihnen gehören sowohl Deutsche als auch Ausländer an.

Enge Kontakte wurden auch zwischen der spanischen Kommunistischen Partei, der DKP und der verbotenen KPD festgestellt. Kommunistische Betriebszeitungen mit spanischsprachigem Anhang dokumentierten die fortschreitende Solidarisierung.

Nur ein Bruchteil der bisher erkannten politisch radikalen Ausländergruppen ist ihrer Verpflichtung nachgekommen, Satzungen und Vorstände den zuständigen Behörden mitzuteilen. Soweit derartige Anmeldungen erfolgt

Maschine der israelischen Fluggesellschaft EL AL am 10. 2. 1970 in München-Riem verantwortlich ist.

2. Spanische Widerstandsgruppen

Unter den zahlreichen Gruppen der spanischen Opposition im Bundesgebiet hat die „Kommunistische Partei Spaniens“ (PCE) besondere Aktivität entfaltet. Ihr Exilsitz ist Prag. Weitere wesentliche Führungsstellen befinden sich in Paris und Brüssel. Darüber hinaus verfügt die PCE über ein Verbindungsbüro in Ost-Berlin. Sie hält gewisse Aktionen geheim, nutzt zugleich aber alle sich ihr bietenden Möglichkeiten zur legalen Betätigung.

Im Bundesgebiet werden das Zentralorgan der Partei, „Mundo Obrero“ (Arbeiterwelt), und die für Funktionäre bestimmte parteitheoretische Schrift „Nuestra Bandera“ (Unsere Fahne) verbreitet. Der Parteiapparat der PCE in der Bundesrepublik stützt sich auf Betriebszellen und etwa 40 örtliche Parteikomitees mit knapp 1 000 aktiven Mitgliedern.

Eines der Hauptziele der Partei ist die Politisierung der spanischen Arbeiter auf deutschem Boden. Da ihre Einflußmöglichkeiten in diesen Kreisen eng begrenzt sind, hat die Partei andere spanische Parteien und Gewerkschaften, spanische Arbeiterkommissionen und viele der etwa 17 spanischen Kulturclubs unterwandert oder selbst gegründet.

Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und spanischen Kommunisten hat sich 1969/70 vertieft. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung am 4. April 1970 in Essen, die unter dem Motto „Solidarität mit dem spanischen Volk“ stand, haben DKP und PCE gemeinsame Arbeitskommissionen geschaffen.

Unter den spanischen Arbeitern haben sich auch lockere anarchistische Gruppen gebildet, die Kontakte zu Gesinnungsfreunden im westlichen Ausland unterhalten.

Spanische Anarchistengruppen mit Sitz im Ausland sind ebenfalls in steigendem Maße auch auf deutschem Boden tätig geworden. Dies gilt besonders für den „Iberischen Befreiungsrat“ (CIL), die „Freiheitliche Iberische Jugendorganisation“ (FIJL) sowie für anar-

chistische Aktionsgruppen, die wiederholt unter der Bezeichnung „Grupo Primero Mayo“ (Gruppe 1. Mai) auftraten. Diese Gruppen haben unter anderem Stützpunkte in Frankreich, Italien, Großbritannien und Belgien. Sie sind in den letzten Jahren wiederholt durch Terrorakte hervorgetreten.

Der im Dezember 1970 in Burgos gegen baskische Nationalisten geführte Prozeß bot der spanischen Linksopposition Anlaß zu zahlreichen Protestaktionen, in deren Verlauf es zu Ausschreitungen gegen spanische Einrichtungen im Bundesgebiet kam. Am 5. Dezember 1970 drangen 16 Spanier in den Vorraum des Spanischen Generalkonsulates in Frankfurt ein. Neun Tage später wurde das spanische Konsulat in Hannover von 36 spanischen Extremisten besetzt.

Gegen Ende des Jahres 1970 häuften sich auch die Sachbeschädigungen und Drohungen mit Bombenanschlägen gegen spanische Vertretungen. Die meisten der 12 Brand- und Sprengstoffanschläge auf spanische Einrichtungen im Bundesgebiet lassen auf die Täterschaft spanischer Anarchisten schließen.

3. Griechische Organisationen

Unter den 23 bisher erkannten Vereinigungen politisch extremer Griechen im Bundesgebiet zeigte mehr als die Hälfte geheimbündlerische und gewalttätige Tendenzen. Durch sicherheitsgefährdende Aktionen sind besonders die folgenden Gruppen der griechischen Opposition hervorgetreten:

Die „Patriotische Front“ (PAM), eine Widerstandsorganisation der kommunistischen Nachfolgepartei „Vereinigte Demokratische Linke“ (EDA), besitzt im Bundesgebiet rund 50 Stützpunkte. Sie hat ihre Anhänger im Bundesgebiet aufgefordert, die Arbeit der staatlichen griechischen Vertretungen in der Bundesrepublik zu „unterdrücken“ sowie Veranstaltungen rechtsgerichteter Griechen zu sprengen.

Die „Panhellenische Befreiungsbewegung“ (PAK) wird von ihrem Europastab in Stockholm gelenkt. Nach dem Geständnis des dort tätigen Funktionärs Dr. Dimitrios Tsaldarakis,

den ein deutsches Gericht im Jahre 1970 wegen illegaler Einfuhr von Sprengstoff verurteilt hat, ist die Organisation seit 1969 für mindestens 23 Sprengstoffanschläge in Griechenland verantwortlich. Seit etwa einem Jahr verfügt sie über eine internationale Hilfsorganisation „Freunde der PAK“, die unter anderem finanzielle Mittel für die Untergrundarbeit beschaffen soll. Diese Hilfsorganisation hat etwa 40 Stützpunkte auf deutschem Boden mit fünf Regionalbezirken und einem Zentralkomitee.

Die „Demokratische Verteidigung“ (DA) besteht vorwiegend aus Exilpolitikern und Intellektuellen der griechischen demokratischen Linken. Sie bejaht Gewaltaktionen, da sie „jedes Mittel“ zum Sturz der griechischen Militärregierung als „legal und notwendig“ ansieht. Angehörige dieser Organisation haben mehrfach Sprengstoff- und Waffentransporte aus dem europäischen Ausland nach Griechenland organisiert, wo sie zu Anschlägen verwendet wurden. Nach den bisherigen Erkenntnissen der Staatsschutzbehörden verfügte die DA im Bundesgebiet bis zum Ende des Berichtszeitraumes nur über wenige Aktivisten. Beauftragte der DA reisten wiederholt in die Bundesrepublik Deutschland ein, um für den Zusammenschluß aller griechischen Widerstandsgruppen in einem „Nationalen Widerstandsrat“ zu werben.

Die „Antidiktatorischen Komitees in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (EAE) unterhalten im Bundesgebiet etwa 35 örtliche Stützpunkte. Diese stark kommunistisch unterwanderte Gruppierung forderte den „bewaffneten Widerstand in Griechenland“, die Zerschlagung von „Terrorgruppen der Junta im Ausland“ sowie die „Volksfront aller antidiktatorischen Kräfte“. Die Arbeit der Komitees wird von der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) unterstützt und von einem Koordinierungsbüro in Ost-Berlin geleitet.

Dem „Bund der Griechischen Gemeinden in Westdeutschland und Westberlin“ (OEK) mit annähernd 60 regionalen Gruppen haben sich etwa 8 000 griechische Staatsangehörige im Bundesgebiet angeschlossen. Viele Ortsgrup-

pen des Bundes, die in ihren Satzungen kulturelle und soziale Ziele in den Vordergrund rücken, sind kommunistisch unterwandert und wirken in diesem Sinne auf die griechischen Arbeiter im Bundesgebiet ein.

Darüber hinaus warben mehrere andere Exilgruppen der griechischen extremen Linken für ihre Ziele. Ihre Mitglieder neigten zur Ausübung von Gesinnungsterror.

Kennzeichnend für die griechische Opposition auf deutschem Boden ist ihre organisatorische Zersplitterung. Die einzelnen Gruppen erwiesen sich jedoch als stark verzahnt durch Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften.

Linksextreme Griechen haben am 27. 8. 1970 bzw. am 10. 11. 1970 Sprengkörper vor den griechischen Generalkonsulaten in Hannover und Düsseldorf abgelegt. Beide Anschläge wurden durch das rechtzeitige Einschreiten der Polizei vereitelt.

Am 19. 5. 1970 wurde der griechische Botschafter in Bonn durch ein anonymes Schreiben mit Mord bedroht. Aktivisten der griechischen Opposition im Bundesgebiet traten wiederholt als Störer bei offiziellen Veranstaltungen griechischer Auslandsvertretungen auf. In mehreren Fällen wurden diese Veranstaltungen mit Gewalt gesprengt. Dabei kam es zu Körperverletzungen. Die Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern griechischer Widerstandsorganisationen und regimetreuen Griechen wurden auch in deutsche Industriebetriebe getragen.

Die politisch radikale Aktivität rechtstendierender griechischer Gruppen war im Jahr 1970 unbedeutend. Die in Griechenland aktive königstreue Widerstandsorganisation „Bewegung Nationaler Widerstand“ (KEA) verfügt in der Bundesrepublik Deutschland über einige Stützpunkte. Die Veranstaltungen des „Verbandes der Griechen in Deutschland – Nationale Wiedergeburt“ wurden durch oppositionelle Griechen systematisch gestört.

4. Radikale iranische Studenten

Bei den im Bundesgebiet lebenden iranischen Staatsangehörigen waren politisch extreme Bestrebungen 1969 und 1970 im wesentlichen